

Reform des Beihilferechts: Reinhard fordert Denkpause

Die Beratungen eines Gesetzentwurfs zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, der insbesondere die Einführung einer Selbstbeteiligung der Beamten – nach ihrem Einkommen gestaffelt – an den Beihilfeaufwendungen zu den Krankenkosten vorsieht, wurden vom Ausschuß für Innere Verwaltung vertagt.

Unter Hinweis auf die auf Bundesebene verschobene Reform des Beihilferechts forderte Egbert Reinhard (SPD) eine Denkpause, die auch dazu genutzt werden sollte, weitere Informationen über Pläne der Bundesregierung einzuholen, soweit diese auf Einsparungen im öffentlichen Dienst abzielten. Sein Fraktionskollege Johannes Gorlas fügte hinzu, daß in Nordrhein-Westfalen auf die vorgesehene Selbstbeteiligung verzichtet werden könnte, falls die gewünschten haushaltsmäßigen Einsparungen bereits durch die im Bundesrat laufenden Initiativen bei deren Verwirklichung erzielt würden. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Willi Pohlmann (SPD) nahm der Ausschuß sodann die Beratungen des federführend an ihn überwiesenen Gesetzes über die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst im Lande Nordrhein-Westfalen auf. Nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion soll die Erörterung im Ergebnis zu funktionierenden Fachhochschulen führen, die nicht in ihren Gremien ersticken dürften. Andernfalls sei die Grundsatzfrage zu erheben, ob die interne Fachhochschulausbildung, für deren Beibehaltung sich die Vertreter der SPD-Fraktion einsetzten, sinnvoll scheine.

Fachhochschule

Auf die Frage von Rolf Klein (CDU), weshalb die Landesregierung mit diesem Gesetzentwurf nicht die Bildung einer einheitlichen Fachhochschule vorschläge, verwies Staatssekretär Dr. Klaus-Dieter Leister (Innenministerium) auf die sachlich begründete ablehnende Haltung der beteiligten Ressorts und der Sprecher des Finanzministeriums auf die mit einer Zusammenführung verbundenen organisatorischen Schwierigkeiten.

Egbert Reinhard erinnerte in diesem Zusammenhang an die Entstehungsgeschichte der Fachhochschulen und die frühere Argumentation über unterschiedliche Ausbildungsgänge für Justiz-, Finanz- und Verwaltungsbeamte.

Ob die Vorschriften des Gesetzentwurfs über die rechtliche Ausgestaltung der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst und deren Einbindung in die Rechts- und Fachaufsicht der Landesregierung den Vorstellungen der Fraktionen entsprechen, sollen die weiteren Beratungen zeigen. Eine Reihe kritischer Fragen haben die Ausschußmitglieder in einem ersten Durchgang bereits an den Innenminister gerichtet.

Porträt der Woche



Dr. Ottmar Pohl (CDU)

Wer immer ihm zum 50. Geburtstag im Mai oder zum 20. „Dienst“-Jubiläum im Herbst dieses Jahres eine Laudatio widmen will, der wird bei Ottmar Pohl nicht lange nach Stichworten oder auch Anekdoten suchen müssen, um die Leistungen des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im nordrhein-westfälischen Landtag gebührend würdigen zu können. Denn der promovierte Jurist und Kölner aus Leidenschaft ist einer der erfahrensten Abgeordneten im Parlament am Düsseldorfer Schwanenspiegel, zählt zu den profiliertesten Sprechern der Opposition und gehört zu den wenigen Parlamentariern, die vor und hinter den Kulissen die politische Arbeit des Landtags planen und lenken.

Es spricht für Ottmar Pohl, daß dieser Einfluß und die Macht, die ihm in fast zwanzigjähriger verantwortlicher Parlamentsarbeit zugewachsen sind, nicht zu arrogantem Technokratentum führten. Deswegen gehört er auch zur kleinen Schar derer, die nach einer steilen Karriere glaubwürdig von sich behaupten können, auf diesem Weg mehr Freunde gefunden als verloren zu haben. Dieses Glück, in allen politischen Lagern Freunde zu haben, verdankt Pohl sicherlich auch seinem Mutterwitz und seiner munteren rheinischen Spontanität. Aber mehr noch als diese sehr kölschen Begabungen erklären Herkunft, Ausbildung und die Lebensstationen den Erfolg des Mannes, dem man sich in einer CDU-Landesregierung nicht nur als kompetentesten Innenminister vorstellen kann.

Schließlich lernte der am 14. Mai 1933 auf der „schääl Sick“ des Rheins, in Köln-Deutz, geborene Sohn eines aus Mecklenburg stammenden Kaufmanns und einer waschechten Kölnerin sein politisches Handwerk vor allem auf den harten Bänken der Opposition, der sie und er seit 1966 angehört. Allerdings hatte Ottmar Pohl damals, in den Gründerjahren der inzwischen auch in Düsseldorf längst verbliebenen sozialliberalen Koalition, nicht die Würden eines Volksvertreters, sondern die Bürden des ersten wissenschaftlichen Assistenten im Landtag Nordrhein-Westfalens zu tragen. Im Lebensplan des Juristen, der 1959 an der Universität seiner Heimatstadt über den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Staatsrecht promovierte, eine Verwaltungslaufbahn anstrebte und nach dem zweiten Staatsexamen und einem kurzen Gastspiel in einer Kölner Anwaltskanzlei 1963 Assistent der unumstritten scheinenden CDU-Regierungsfraktion wurde, sicher nicht begründet.

Doch der Pimpf, der nach dem Zusammenbruch 1945 von seinem Kinderlandverschickungsort in der heutigen CSSR quer durch Deutschland „zo Foss nor Kölle“ laufen und sich durchbetteln mußte, um anschließend mit Klassenkameraden seine zerstörte Schule aufzubauen (der Ham-

mer zum Steine klopfen mußte von zu Hause mitgebracht werden), hatte zähe Ausdauer gelernt. 1953 war er in die CDU eingetreten, bereits 1961 Vorsitzender eines Kölner Ortsbezirksverbandes seiner Partei geworden und schlug 1963 das Angebot des damaligen CDU-Fraktionschefs und späteren Landtagspräsidenten Wilhelm Lenz nicht aus, das Pohl auch nach dem Sturz in die Opposition an den Landtag band. Während er in diesen Jahren „allzuständig“ den wissenschaftlichen Dienst seiner Fraktion aufbaute, erlebte er gleichzeitig die Nöte einer Partei, die sich schwertat, in die neue politische Rolle als Opposition hineinzuwachsen.

Der Assistent Pohl diente von 1966 bis 1970 gleich vier Spitzenkandidaten der CDU. 1970 kam Heinrich Köppler „mit neuen Männern, entschlossen zum Handeln“, wie Ottmar Pohl heute diesen damaligen Wahlslogan fröhlich zitiert. Gerade Köppler, der 1970 dem frischgebackenen Abgeordneten das Amt des Parlamentarischen Fraktionsgeschäftsführers anbot, das Pohl zehn Jahre lang souverän führte, wurde für ihn zum prägenden politischen Partner und Freund, „ein Mann, der Menschen führen und Freundschaften schließen konnte und vor allem Vertrauen hatte“, wie Pohl nicht ohne Wehmut und einer auf die Gegenwart bezogenen Bitterkeit formuliert.

Das menschliche Klima habe sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Landtag nicht verschlechtert. Doch vermißt Pohl die großen politischen Debatten früherer Jahre. Nach seiner Meinung ist das „Geschäft“ am Schwanenspiegel steriler, detailverliebter und pragmatischer geworden. „Beide Fraktionen scheuen sich heute, den Paukboden der Plenardebatte zu betreten, weil sie befürchten, ein kräftiger Schlagabtausch um der Sache willen könnte draußen Nachteile bringen. Gleichzeitig beklagen alle, daß der Landtag zu wenig Sensibilität für die Ereignisse im Land zeigt. Das sollte anders werden.“

Helmut Breuer